

N° 23:

Les presentamos nuestro **último editorial del año.**

Die Leitartikel begannen aufgrund der Covid-19-Situation und heute schließen wir das Jahr leider mit einer Pandemie ab, die nicht kontrolliert wurde. Heute sind wir mit einem deutlichen Anstieg der Infektionen in verschiedenen Regionen Chiles konfrontiert und befürchten, dass Mitte Januar ein neuer „Höhepunkt“ eintreten wird. Von Amnesty International haben wir im August den Bericht "Wir können keine Patienten mehr sein" veröffentlicht, in dem wir vor den Auswirkungen gewarnt haben, die der "Höhepunkt" Mitte des Jahres auf die Beschäftigten im Gesundheitswesen hatte, insbesondere im öffentlichen Sektor und folglich auf die Menschen, um die sich dort gekümmert wird. Nach der Befragung von mehreren Gesundheitshelfer\_innen gaben wir eine Reihe von Empfehlungen in Bezug auf Wohlbefinden, Ruhe und psychische Gesundheit ab; Schutz der physischen Gesundheit und Schutz gegen Covid-19 sowie Schutz der Meinungsfreiheit und das Recht, Rechtsverletzungen zu melden. Obwohl dies aufgrund der Pandemie keine außergewöhnliche und vorübergehende Situation ist, sondern vielmehr ein Spiegelbild eines strukturellen Problems eines öffentlichen Gesundheitssystems, das dringend gestärkt werden muss, ist es kurzfristig unerlässlich, Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass im Falle eines neuen Zusammenbruches das System bereit wäre, nicht nur mit Betten und Ventilatoren entgegenzuhalten, sondern auch mit Menschen, die unter würdigen Bedingungen arbeiten und deren Rechte geschützt sind.

Leider sind wir auch hinsichtlich der Unterdrückung des Protestes nicht optimistisch. Einerseits sehen wir, dass der übermäßige Einsatz von Gewalt durch die Polizei anhält und wir sehen keine Anzeichen dafür, dass wirksame Maßnahmen zur Wiedergutmachung oder Garantien für Nichtwiederholung ergriffen werden. Wir haben besorgniserregende Informationen über die Verwendung der Wasserwerferfahrzeuge erhalten, indem der Strahl direkt auf die Körper der Menschen abgefeuert wurde und einen Zusatz im Wasser verwendet wurde, der die Haut verbrennen würde. Wir haben auch Beschwerden darüber erhalten, dass die Carabineros mit ihren Handlungen direkt auf die Gesundheitshelfer\_innen, Gruppen von Menschenrechtsbeobachtern und Journalist\_innen oder Personen zielen, die aufzeichnen, was passiert. Was wir jedoch von den Regierungsbehörden und den Carabineros sehen, ist weiterhin uneingeschränkte Unterstützung, die die Ernsthaftigkeit des Geschehens nicht anerkennt und die es aufgrund des komplexen Umfelds, in dem die Polizei handeln muss, sogar irgendwie rechtfertigt. Die Polizei wird eher geschützt, als sanktioniert.

Wir wiederholen: Menschenrechtsverletzungen sind inakzeptabel, es ist kein "notwendiges Übel", um die öffentliche Ordnung zu kontrollieren. Dass Verbrechen begangen werden, ist keine Rechtfertigung für die Polizei, Verbrechen zu begehen. Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer müssen gewährleistet sein, die Verantwortung der gesamten Befehlslinie muss untersucht werden und auf eine strukturelle und umfassende Reform der Polizei hingearbeitet werden, die echte Garantien für die Nichtwiederholung bietet.

Derzeit beteiligen wir uns auch an der vom Senat einberufenen Arbeitsgruppe, die zur Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung der Opfer des Ausbruchs beitragen soll. Dort konnten wir schockierende Aussagen von Opfern von Augenverletzungen hören, die die schwerwiegenden Mängel des von der Regierung eingesetzten umfassenden Augenoperationsprogramms angesprochen haben. Eines der Probleme ist, dass das Programm in derselben Abteilung für Augentraumata des Hospital del Salvador (UTO) durchgeführt wird, in der die meisten Opfer nach dem Angriff ihre erste Betreuung erhalten haben, und dass es nur in Santiago funktioniert. In den letzten Tagen wurde eine Person, die Opfer eines Augentraumas war, in derselben UTO festgenommen und von dem Sicherheitspersonal vor Ort angeblicher Bedrohung beschuldigt. Ein Minimum besteht darin, sicherzustellen, dass die Art und Weise, wie Operationsprogramme durchgeführt werden, keine erneute Viktimisierung für diejenigen bedeutet, die dort behandelt werden.

Auf der anderen Seite haben wir kürzlich eine Erklärung zu Gefangenen abgegeben, denen Verbrechen im Zusammenhang mit dem sozialen Ausbruch vorgeworfen werden. Wir haben bereits Kontakt zu Verwandten von Gefangenen aufgenommen, über deren Anliegen erfahren und Informationen gesammelt. Niemand sollte nur wegen Demonstration und Ausübung seiner Menschenrechte inhaftiert werden. Wenn begründete Vermutungen bestehen, dass die Person Gewalttaten begangen hat, muss sie einem fairen Verfahren unterzogen werden und es darf keine missbräuchliche oder strafende Anwendung der Untersuchungshaft geben. Wir werden dieses Problem weiter untersuchen, da die besorgniserregenden Beweise bisher zeigen, dass sich derzeit Menschen in beiden Situationen befinden könnten.

Wir werden weiterhin auf die Entscheidung des Verfassungsgerichts bezüglich des Einwanderungsgesetzes aufmerksam machen. Das Gesetz, wie es im Kongress verabschiedet wurde, impliziert in einigen Aspekten Rückschläge, da es für Menschen in Chile schwierig sein wird, ihren Einwanderungsstatus zu regeln. Es ist wahrscheinlich, dass dies nicht dem erklärten Ziel entspricht, dass weniger Menschen unrechtmäßig nach Chile kommen, sondern dass im Gegenteil die Illegalität und damit die Wahrscheinlichkeit von Rechtsverletzungen zunimmt.

Um dieses Editorial mit einem Hoffnungsschimmer zu beenden: Fast 80% stimmten für die Option in der Volksabstimmung im Oktober, die uns den Weg zur Debatte über eine neue Verfassung eröffnete. Dies könnte uns Raum bieten, trotz des ungünstigen Umfelds für Menschenrechte, in dem wir derzeit in Chile leben, die richtige Richtung einzuschlagen und die Menschenrechte in den Mittelpunkt der Diskussion zu rücken. Es ist wichtig, dass wir von der zivilen Gesellschaft aus weiterhin Druck auf alle Phasen des Prozesses ausüben, damit die neue Verfassung wirklich das Chile widerspiegelt, das wir heute sind und das Gleichheit, Würde und Menschenrechte einfordert.